



Illegale Müllentsorgung: In den meisten Fällen geht es ums Geld.

Geld stinkt nicht

Die Beamten der Zentralstelle zur Bekämpfung der Umweltkriminalität haben vielfältige Aufgaben: Von der illegalen Müllentsorgung bis zur Kurpfuscherei.

Kontrollore des Bundesamts für Ernährungssicherheit stießen im Juni 2005 in einer Lagerhalle in einem Ort im Bezirk Weiz in der Steiermark auf 50 Tonnen hochgiftige Pflanzenschutzmittel. Die Substanzen im Wert von rund einer Million Euro dürfen nicht in Österreich verwendet werden. Die Behälter mit den Substanzen wurden beschlagnahmt und mit Bändern versiegelt. Als die Beamten des Bundesamts die Ware sicherstellen wollten, war sie verschwunden. Der Firmeninhaber sagte, die Mittel seien verkauft worden, er wisse nicht, an wen und wohin. Beamte der Umweltgruppe des Landeskriminalamts Steiermark haben Ermittlungen aufgenommen. Es besteht der Verdacht, dass einheimische Bauern die verbotenen Pflanzenschutzmittel erworben und in der Landwirtschaft verwendet haben.

FOTO: S. LATTACHER

In Oberösterreich beschäftigt die Kriminalpolizei der Fall eines dreifachen Doktors aus Serbien. Er wird des schweren gewerbsmäßigen Betrugs und der Kurpfuscherei verdächtigt. Der Mediziner, der nicht in der österreichischen Ärzteliste vermerkt ist, soll Krebspatienten mit einer angeblich nutzlosen Therapie Hoffnung auf Heilung gemacht haben. Der Mann und seine Mitarbeiterin kontaktieren Patienten und verkaufen ihnen „Quatrum-04“, ein Mittel, das aus einer Kochsalzlösung und einem Sauerstoffgemisch bestehen soll. Die Patienten sollen für Beratung und „Medikament“ bis 4.000 Euro bezahlt haben.

340 Fälle von Umweltkriminalität hat das dafür zuständige Referat 3.4.4. im Bundeskriminalamt (BK) im Jahr 2004 bearbeitet. Der Zentralstelle kommt in

erster Linie die Koordination der regionalen Kripo-Experten zu. „In den meisten Fällen geht es ums Geld“, sagt Referatsleiter Mag. Erich Auttrit. Bei der Müllentsorgung werde oft der volle Preis kassiert, der Müll aber nicht fachgerecht behandelt, sondern illegal gelagert oder – falsch deklariert – in den Osten exportiert und dort illegal entsorgt.

Viele Fälle passieren in der Landwirtschaft. Etwa wenn ein Bauer Jauche auf das gefrorene Feld ausführt, der Dreck in den nächsten Bach rinnt und viele Fische vergiftet. Oder Fabriken, aus denen giftige Substanzen austreten. Es gibt Firmen, die illegal Müll deponieren, um sich die Kosten für die Entsorgung zu sparen. „Es geht immer um Profit. Und Österreich ist bei der Müllentsorgung ein Hochpreisland“, betont Auttrit.

Umweltsachbearbeiter und UKO. In der Zentralstelle im BK arbeiten vier Mitarbeiter. In den Landeskriminalämtern versehen etwa 25 speziell ausgebildete Umweltsachbearbeiter Dienst. Zusätzlich gibt es in den Polizeidienststellen in ganz Österreich etwa 600 „umweltkundige Organe“ (UKO) der Bundespolizei, die bei Verdachtsfällen als Erste ermitteln. Dazu gehören auch Polizeitaucher.



Umweltsachbearbeiter der Polizei: Die Spezialisten ermitteln unter anderem bei Betrugs- und Gefährungsdelikten in Verbindung mit Umweltkriminalität.

Durch das regelmäßige Streifen auf den Gewässern können Umweltdelikte schon im Frühstadium erkannt, Schäden beseitigt und Ermittlungen begonnen werden. Österreich nimmt in der Bekämpfung der Umweltkriminalität in Europa eine führende Rolle ein. Es unterstützt andere Länder in der Ausbildung der Beamten zur Bekämpfung der Umweltkriminalität.

Die Umweltsachbearbeiter erstatten im Jahr 2004 182 Anzeigen wegen strafbarer Handlungen gegen die Umwelt (§ 180-183 StGB). Dazu kam eine größere Zahl von Anzeigen nach Gefährungsdelikten (§§ 171, 176, 177 StGB) und Betrugsdelikten sowie nach strafrechtlichen Nebengesetzen (LMG, TAKG, Arzneimittelgesetz etc.). Die „Umweltkundigen Organe“ der Polizei hatten rund 1.000 Amtshandlungen mit Anzeigen wegen Verwaltungsübertretungen im Umweltbereich.

Vielfältige Aufgaben. Das Referat 3.4.4 im Bundeskriminalamt zur Bekämpfung der Umweltkriminalität gibt es seit drei Jahren. Die Mitarbeiter der Zentralstelle arbeiten mit ausländischen Kollegen zusammen im Bereich der strafrechtlichen Umweltdelikte, der Gefährungsdelikte und des Betruges (Wirtschaftskriminalität) sowie der strafrechtlichen Nebengesetze wie Fälschung und Verfälschung von Medikamenten, illegaler Handel mit Medikamenten.

Die Umweltpolizisten ermitteln bei Verdacht der Verwendung oder des Handels illegaler Aufbaumittel, Lebensmittelzusätze, Hormonpräparate, Dopingmittel im Breitensport; bei Verdacht des Einsatzes illegaler Tierarzneimittel, bei Tierquälerei; bei Verdacht

der illegalen Ein- Aus- und Durchfuhr, Lagerung oder Deponierung von gefährlichen Abfällen. Das Referat hat die oberste Fachaufsicht bei allen Amtshandlungen der Sicherheitsdienststellen aus dem Sachbereich Umweltkriminalität, bei Betrugs- und Gefährungsdelikten in Verbindung mit Umweltkriminalität, Fällen wie der „Rinderskandal“, „Schweinemastskandal“ oder „Weinskandal“. Die Zentralstelle leitet und koordiniert überregionale Umweltamtshandlungen in Österreich. Mitarbeiter des Referats 3.4.4 sind vertreten in Arbeitsgruppen von Interpol und der Eu-

Arbeitsgruppe Umweltkriminalität. In dieser Arbeitsgruppe sind Vertreter des Referats 3.4.4 sowie Kriminalbeamte des Sachbereichs Umweltkriminalität vertreten. In dieser Kommunikationsplattform wird regelmäßig über aktuelle und zukünftige Themen beraten – zum Beispiel über Schulungskonzepte für Kriminalbeamte und „umweltkundige Organe“, Planung und Beschaffung einer einheitlichen Ausrüstung (Schutzkleidung, Messgeräte und mehr).

Das Umweltreferat gibt ein Informationsblatt für „umweltkundige Organe“ und Umweltsachbearbeiter heraus, das regelmäßig erscheint. Es wird redaktionell von Mitarbeitern des Referats 3.4.4 betreut und enthält rechtliche und umweltrelevante Informationen, besondere Umweltamtshandlungen und mehr. Das Infoblatt wird auch an Ministerien und Verwaltungsdienststellen übermittelt, die mit Umweltkriminalität zu tun haben.

Meldestelle Umweltkriminalität. Im Umweltreferat ist die „Meldestelle Umweltkriminalität“ des Innenministeriums eingerichtet. Bürger können Straftaten gegen die Umwelt melden. Umweltstraftaten können auch bei jeder Polizeiinspektion angezeigt werden. 27 Fälle wurden im Jahr 2004 an die seit Sommer 2002 eingerichtete Meldestelle für Umweltkriminalität herangetragen. Die Anzeigen wurden teilweise an die örtlich zuständigen Sicherheitsorgane zur Bearbeitung weitergeleitet.

Kontakt: Umweltmeldestelle des Bundeskriminalamts: umwelt@bmi.gv.at, Bundeskriminalamt, Referat Umweltkriminalität, 1090 Wien, Josef Halaubek Platz 1, Telefax (01) 24836-85190.

STRAFGESETZBUCH

Umweltdelikte

- Vorsätzliche Beeinträchtigung der Umwelt (§ 180 StGB)
- Fahrlässige Beeinträchtigung der Umwelt (§ 181 StGB)
- Schwere Beeinträchtigung durch Lärm (§ 181a StGB)
- Vorsätzliches umweltgefährdendes Behandeln und Verbringen von Abfällen (§ 181b StGB)
- Fahrlässiges umweltgefährdendes Behandeln von Abfällen (§ 181c StGB)
- Vorsätzliches umweltgefährdendes Betreiben von Anlagen (§ 181d StGB)
- Andere Gefährdungen des Tier- oder Pflanzenbestandes (§ 182 StGB)
- Fahrlässige Gefährdungen des Tier- oder Pflanzenbestandes (§ 183 StGB)